

PROTOKOLL

über die 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 21.06.2011

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 22:10 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2 + 3)
(22 Mitglieder)

Ursula Einhoff
Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Elisabeth Hengster
Oliver Herbert
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Stephanie Rotter
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Achim Saßmannshausen
Lutz Sierach
Christoph Preiser
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Matthias Feige

es fehlten: Torsten Hahn - entschuldigt
Florian Porth - entschuldigt
Reinhard Schwarz - entschuldigt
Heinz Kimmel - entschuldigt
Christian Osmalz - entschuldigt
Andreas Momberger - entschuldigt
Dr. Dirk Schneider - entschuldigt
Elke Steppan - entschuldigt
Markus Nikleniewicz - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Gudrun Karmer
Herbert Porth
Erhard Reiter
Renate Fritz-Mann
Arno Menk

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen des Magistrates
- (2) Ehrung von Stadtverordneten
Ernennung von Herrn Wolfgang Hesse zum Stadtältesten
- (3) Verabschiedung der ausgeschiedenen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder
- (4) Stadtwerke Niddatal
 - a) Beschluß des Rechnungsabschlusses 2007
 - b) Beschluß über die Verwendung des Jahresgewinnes/-verlustes
(Vorlage-Nr. 45/2011)
- (5) Beschluß der Elften Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Niddatal
(Vorlage-Nr. 46/2011)
- (6) Siebte Änderung des Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“
Stadtteil Assenheim - Aufstellungsbeschluß gemäß § 2 (1) BauGB
(Vorlage-Nr. 47/2011 und Bericht aus dem Ausschuß für Stadtplanung,
Umwelt und Bauwesen om 20.06.2011)
- (7) Bebauungsplan K 12 „Biogasanlage“ Niddatal, Stadtteil Kaichen:
 - a) Beratung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB
und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB
vorgebrachten Anregungen und Beschlussfassung hierzu
 - b) Beschluß des Entwurfes zur Offenlegung gemäß § 3 (2) BauGB
(Vorlage-Nr. 48/2011 und Bericht aus dem Ausschuß für Stadtplanung,
Umwelt und Bauwesen vom 20.6.2011)
- (8) Eilantrag - Seniorenheim im Stadtteil Assenheim:
Beschluß über Vergabe
(Vorlage-Nr. 49/2011 und Bericht aus dem Ausschuß für Stadtplanung,
Umwelt und Bauwesen vom 20.06.2011)
- (9) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:
Vorlage einer baureifen Planung für die Rampe in Verlängerung
des Schulsteges in Assenheim
(Vorlage-Nr. 50/2011)

- (10) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:
Besichtigung von Betreuungsschulen
(Vorlage-Nr. 51/2011)

- (12) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:
Grundschule Bönstadt
(Vorlage-Nr. 53/2011)

- (13) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:
Sporthalle Bönstadt
(Vorlage-Nr. 54/2011)

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal; er stellt die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Protokoll der 2. Sitzung am 24.05.2011 werden keine Einwände erhoben und somit gilt es als beschlossen.

Dieter Eisenberg beanstandet die seiner Ansicht nach recht spät zugegangene Sitzungs-Einladung.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch hierüber fragt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann nach Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert die zum Eilantrag der Stadtverwaltung Niddatal verteilte Unterlagen zum Bebauungsplan A 14 „Seniorenheim“ und bittet, diese zu dem Tagesordnungspunkt (8) mit aufzunehmen.

Dem Antrag wird mit einer Stimmenthaltung stattgegeben.

(1) Mitteilungen des Magistrates

Bauhof - Ersatzbeschaffung eines Kommunalschleppers

Bürgermeister Dr. Hertel berichtet hierzu: „Um auch weiterhin einen reibungslosen und schlagkräftigen Winterdienst zu gewährleisten, hat der Magistrat sich frühzeitig entschlossen, einen gebrauchten Iseki Kompaktschlepper (34 PS) mit Schneeschild als Ersatz für den vorhandenen Kommunal-Schlepper (Baujahr 1978) anzuschaffen.“

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann erweitert die Magistratsmitteilungen mit einer schriftlichen Vorlage von Dr. Schneider zum **Thema Neufassung der Geschäftsordnung**. Mittlerweile sei eine Muster-Geschäftsordnung beschafft worden, die an die Fraktionsvorsitzenden, an die Ausschußvorsitzenden und an die Stellvertretenden Stadtverordnetenvorsitzenden verteilt wird. Diese Mustervorlage soll als Gedankenanstoß für die anstehende Neufassung unserer Geschäftsordnung dienen. Wir würden uns damit Zeit ersparen bei den Grundsatzdebatten und könnten somit bei der nächsten Ältestenratsitzung in der ersten Lesung schon konkretere Vorschläge für die Neuformulierungen diskutieren. Dieses Verfahren wird als sinnvoll angesehen.

Die „Dorfentwicklung“ hat zur geplanten Verkehrsberuhigung in der Freigerichtstraße ihre Stellungnahme dem Stadtparlament zur Kenntnis gebracht mit dem Hinweis, hierüber nicht im Stadtparlament zu beschließen. Auch diese Unterlage wird an die Fraktionsvorsitzenden, d.h. an den vorgenannten Personenkreis verteilt.

**(2) Ehrung von Stadtverordneten,
Ernennung von Herrn Wolfgang Hesse zum Städtältesten**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann beginnt seine Ausführungen damit, dass es ihm große Freude bereite, Wolfgang Hesse für seine 22jährige Tätigkeit im Stadtparlament mit dem Titel „Städtältester“ auszuzeichnen. Mit Worten des Dankes und Anerkennung für das verdienstvolle Engagement von Wolfgang Hesse in verschiedenen Gremien, würdigte Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann auch den unermüdlichen Einsatz von ihm in der Wahrnehmung seiner vielfältigen Tätigkeiten. Dieser Dank des Parlaments und der Stadt Niddatal gilt auch der Familie von Wolfgang Hesse, die auf viel gemeinsame Zeit mit ihm verzichten musste, wenn er in seiner Freizeit ehrenamtliche Aufgaben erfüllte. Hierfür wird Wolfgang Hesse die Urkunde der Stadt Niddatal für eine mehr als 20jährige Tätigkeit als Stadtverordneter in Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Niddatal mit der Ehrenbezeichnung „Städtältester“ überreicht. Ebenso erhält er die Wappenkachel der Stadt Niddatal.

Bürgermeister Dr. Hertel schließt sich den Glückwünschen an und würdigt ebenfalls mit anerkennenden Worten die Verdienste von Wolfgang Hesse und übergibt ihm ein Präsent.

Lutz Sierach überreicht mit seinen Glückwünschen und Dankesworten Wolfgang Hesse ein Geschenk.

(3) Verabschiedung der ausgeschiedenen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann teilt mit, dass er eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen von „gestern“ eingeladen habe, und zwar

Manfred Boche	Stadtverordneter vom 1.4.2006 bis 31.3.2011 – Mitglied des Bauausschusses
Jürgen Hagemann	Stadtverordneter der letzten Leg.-periode, Mitglied Bauaussch.
Hildegard Steineck-Landfried	Stadtverordnete der letzten Leg.-periode, Mitglied H + F
Rüdiger Weitzel	Stadtverordneter seit 1997, stellv. Vorsitzender H+F ab 2001
Robert Roth	Stadtverordneter 1997 – 2001 und der letzten Leg.-periode
Waltraud Lang	Stadtverordnete seit 15.12.1993, Stadtverordnetenvorsteherin von 2000 bis 2001, ab 2001 stellvertr. Stadtverordnetenvorsteherin.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann erklärt in seiner Rede, die er hauptsächlich an die neuen Mitglieder und Zuschauer richtet, die Zusammensetzung des Parlaments, die gewissermaßen die Mitte der Bevölkerung repräsentieren soll. Die Parlamentarier gelten als Interessenvertreter für die Wünsche und Anliegen der Bürger. Wenn auch nicht immer die erwarteten Ergebnisse erzielt werden können, so liegt dies oft in der Natur der Sache. Dazu zählt auch der finanzielle Rahmen, der - wie wir alle wissen - nicht immer bzw. oft nicht ausreicht.

Den ausgeschiedenen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern wird als Erinnerungsgeschenk die Wappenkachel der Stadt Niddatal überreicht. Anschließend gibt es einen Gruppenfototermin vor dem Parlamentsgebäude.

(4) Stadtwerke Niddatal

a) Beschluß des Rechnungsabschlusses 2007

b) Beschluß über die Verwendung des Jahresgewinnes/-verlustes

Gerhard Einhoff berichtet, dass im H+F Ausschuß hierüber beraten wurde. Es seien noch einige Fragen offen geblieben, die geklärt werden müssen. Diese Fragen tangieren aber nicht den Rechnungsabschluß, so dass die Punkte a) und b) heute zur Abstimmung gestellt werden können.

Bürgermeister Dr. Hertel berichtet, dass die Betriebskommission am 7.6.2011 über diese Punkte beraten und empfohlen hat, die Betriebsvorschläge - wie in der Vorlage angegeben - zur Abstimmung zu stellen. Der Magistrat hat hierzu sein Einverständnis erklärt.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann ruft zur Abstimmung auf, da keine weiteren Wortmeldungen mehr ergingen.

Abstimmung

zu TOP 4 a) : 20 Ja-Stimmen - 2 Gegenstimmen = somit beschlossen

zu TOP 4 b) : 20 Ja-Stimmen - 2 Gegenstimmen = somit beschlossen.

(5) Beschluß der Elften Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Niddatal

Da hierzu keine Wortmeldungen ergingen, wird diese Änderung einstimmig befürwortet : 22 Ja-Stimmen = somit beschlossen.

**(6) Siebte Änderung des Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“
Stadtteil Assenheim - Aufstellungsbeschluß gemäß § 2 (1) BauGB**

Bürgermeister Dr. Hertel teilt mit, dass Florian Porth ihn gebeten habe (er ist heute Abend nicht anwesend), über die Ausschußsitzung zu berichten: Der Magistrat habe zu diesem Vorhaben eine positive Einstellung. Es bleibt aber die Frage offen, warum man hier eine Änderung des Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“ jetzt vornehmen soll, wenn doch sowieso der Bebauungsplan „Gollberg“ >im Entstehen< oder auch >nicht Entstehen< ist. Man könnte das doch später damit verbinden. Dieser Argumentation haben wir uns intensiv gewidmet und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es Sinn macht, hier eine Ergänzung des

Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“ vorzunehmen, damit der Bauherr zügig sein Vorhaben umsetzen kann.

Der Ausschuß hat daher beschlossen, noch eine weitere Ergänzung - wie im Bericht vom 20.6.2011 beschrieben - hinzuzufügen.

**Abstimmungsergebnis - Für diesen Antrag mit der Erweiterung:
einstimmig mit 22 Ja-Stimmen = somit beschlossen.**

- (7) **Bebauungsplan K 12 „Biogasanlage“ Niddatal, Stadtteil Kaichen**
**a) Beratung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB
und der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
vorgebrachten Anregungen und Beschlussfassung hierzu**
b) Beschluß des Entwurfes zur Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB

Silke Merz verlässt wegen Befangenheit den Saal.

Bürgermeister Dr. Hertel berichtet über die nun vorliegenden Fakten zu diesem Themenkomplex. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass nach einer ersten Beratung und Beurteilung der Öffentlichkeit nun doch einige Bedenken übrig bleiben. Näheres hierzu wurde auch gestern Abend in der Ausschußsitzung beraten. Man habe es sich nicht leicht gemacht, es gab eine sehr intensive Diskussion. Insbesondere wurde die exponierte Lage des vorgesehenen Standortes von der Bevölkerung kritisiert. Es soll nun versucht werden, hier Lösungen anzubieten. Auch soll nach Alternativ-Standorten nochmals Ausschau gehalten werden.

Die Abstimmung im Bauausschuß zu Punkt a) ergab 8 Ja-Stimmen mit 1 Enthaltung; der Punkt b) wurde einstimmig mit 9 Ja-Stimmen befürwortet. Die Formulierungen im Durchführungsvertrag sind nicht mit uns abgestimmt worden, d.h. hierüber muß bei der nächsten Magistratssitzung noch einmal gesprochen und dann über den abgeänderten Entwurf abgestimmt werden. Wir empfehlen dem Ausschuß, dass die Offenlegung erst dann erfolgen wird, wenn die Abstimmung stattgefunden hat.

Erland Kalbhenn meldet sich zu dem Thema Biogasanlage in Kaichen mit einer ausführlichen Stellungnahme zu Wort. Er trägt seine Bedenken zur optischen Wahrnehmung der 3 Türme vor und beklagt eindringlich, dass man hiermit auch ein Naherholungsgebiet negativ beeinträchtigen wird. Er nennt noch weitere Beispiele, um seinem Einspruch Nachdruck zu verleihen.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann weist darauf hin, dass jedem Mitglied eine Redezeit pro TOP von nur max. 5 Minuten zur Verfügung stehe.

Gerhard Einhoff fragt nach dem Teilnehmerkreis im Bauausschuß.

Dieter Eisenberg meldet sich zu Wort und gibt eine grundsätzliche Information zu dem Thema Biogasanlage. In einer kürzlichen Veranstaltung wurde behauptet, Deutschland hätte einen erhöhten Importbedarf an Nahrungs- und Futtermitteln. Dies sei nicht richtig und er hätte Zugang zu anderen Zahlen, die diese Behauptung widerlegen.

Michael Hahn nimmt hierzu auch ausführlich Stellung. Er verweist auf eine der modernsten Biogasanlagen in der Wetterau in der Nähe von Butzbach. In unmittelbarer Nähe dieser Anlage sei sogar ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb. Es gibt zu dem Vorwurf „Landschaftsverschandelung“ noch ein anderes Beispiel; man betrachte mal die jetzt 10 Windräder im Umkreis von Niddatal. Eigentlich machen sich die grünen Türme einer Biogasanlage dagegen noch bescheidener aus. Er erklärt hierzu, dass er weder Für noch Gegen den Antrag stimmen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr ergingen, bittet Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann um Abstimmung.

Für den Beschlußvorschlag 7 a) haben im Ausschuß für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen: 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis der heutigen Sitzung zu 7 a):

16 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen = somit beschlossen.

Zu Beschluß 7 b) gab es im Ausschuß 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Abstimmungsergebnis der heutigen Sitzung zu 7 b):

17 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen = somit beschlossen.

Zu 7 c) : Der Ausschuß empfiehlt außerdem, die Offenlegung gemäß § 3 (2) BauGB erst dann vorzunehmen, wenn der Durchführungsvertrag mit dem Vorhaben-bezogenen Bebauungsplan abgestimmt ist. Hierfür gab es im Ausschuß 9 Ja-Stimmen.

Roland Gosebruch möchte wissen, mit wem der Vertrag abgestimmt werden muß. Vorhaben-Träger sei doch der Magistrat.

Die Abstimmung zu dem Punkt 7 c) : 20 Ja-Stimmen mit 2 Enthaltungen = somit beschlossen.

Silke Merz nimmt wieder an der Sitzung teil.

(8) Eilantrag - Seniorenheim im Stadtteil Assenheim Beschuß über Vergabe

Bürgermeister Dr. Hertel führt hierzu aus:

Der Magistrat und der Ausschuß für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen haben über die Errichtung eines Senioren- und Pflegeheimes beraten. Im Vorfeld wurden verschiedene Standorte diskutiert. Zwei Unternehmen bewerben sich für die Errichtung dieser Einrichtung. Die Ihnen heute Abend als grüne Anlage verteilten Pläne sind auch erst heute bei uns eingegangen. Beide Entwürfe wurden in der Magistrats-sitzung sehr positiv bewertet. Zwischenzeitlich wurden auch schon mit den Bewerbern

Gespräche geführt. Die vorliegenden Pläne lassen sich für das spätere Projekt „Betreutes Wohnen“ noch gut erweitern.

Die Bonitäten dieser Unternehmen werden positiv beurteilt. Wir werden uns aber letztendlich noch genauere Auskünfte, z.B. über die Creditreform einholen.

Über die in Frage kommenden Betreiber können wir noch keine näheren Angaben machen; aber auch sie werden mit einem guten Leumund positiv beurteilt und sie sind an einer Zusammenarbeit mit uns sehr interessiert.

Das im ersten Schritt zur Debatte stehende Gelände umfasst ca. 4.500 qm und bedeutet mit der vorgesehenen Bebauung eine positive Aufwertung unserer Stadt.

Zu den Preisen können wir im jetzigen Stadium noch keine Angaben machen.

Wir favorisieren den Vorschlag des Architekturbüro LOTHAR LINK in Niddatal.

Unser Vorschlag für heute Abend ist, das Gelände festzulegen. Als letztes empfehlen wir, einen Aufstellungsbeschluß für einen Bebauungsplan auf der Fläche wie beschrieben zu beschließen.

Die danach geführte Debatte mit unterschiedlichen Argumenten macht deutlich, dass dieses Projekt noch sehr viel Klärungsbedarf hat.

Oliver Seuss bemängelt u.a. in seinem Vortrag, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung zu kurzfristig kamen und zu wenig Detailangaben enthalten.

Er erwartet mehr Einblick in das Gesamtkonzept.

Bürgermeister Dr. Hertel entgegnet hierzu, dass es zum jetzigen Zeitpunkt noch keine schriftlichen Vereinbarungen gibt. Für weitere Einzelheiten müssen noch Gespräche mit den in Frage kommenden Betreibern geführt werden, und danach können erst notwendige Vereinbarungen getroffen werden.

Michael Hahn erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Bebauungsplan A 14 mit einer Grundstücksgröße von ca. 4.500 qm und dem Vorschlag von LINK zustimmen werde. Über die weiteren Grundstücke (das Gesamtkonzept umfasst 7.568 qm) wird noch zu beraten notwendig sein.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor und so wird zur Abstimmung aufgerufen.

Wir beschließen, a) den Bebauungsplan aufzustellen mit der Bezeichnung A 14 „Seniorenheim“ Niddatal, Stadtteil Assenheim. Der Magistrat wird beauftragt, das Verfahren nach den Bestimmungen des BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen mit 3 Enthaltungen = so beschlossen.

b) Das Architekturbüro LOTHAR LINK soll an erster Stelle gesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, 2 Gegenstimmen = so beschlossen.

**(9) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Vorlage einer baureifen Planung für die Rampe in Verlängerung des Schulsteiges**

Oliver Seuss erklärt, dass dieser Antrag schon vor längerer Zeit beschlossen, aber noch nicht ausgeführt wurde. Daher wird heute noch einmal an die Umsetzung erinnert.

Michael Hahn bestätigt, dass über dieses Vorhaben in der Fraktion schon diskutiert wurde und der Überweisung an den Bauausschuß zugestimmt werden soll.

Dieter Eisenberg sagt, dass der Bau dieser Rampe schon mehrfach behandelt wurde. Mit dem Beispiel von Frau Sistenich werde dieses Thema wieder in den Fokus gerückt.

Bürgermeister Dr. Hertel bestätigt, dass nach einem Gespräch mit Frau Sistenich der Bau dieser Rampe von ihrer Seite aus nicht unbedingt notwendig sei.

Die von verschiedenen Seiten vorgetragenen Argumente fordern jedoch, auf den Bau dieser Rampe weiter bestehen zu wollen. Es wäre sinnvoll, hierzu im Bauausschuß Frau Sistenich und Herrn Link einzuladen.

Das Abstimmungsergebnis ist wie folgt: 22 Ja-Stimmen = so beschlossen.

**(10) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Besichtigung von Betreuungsschulen**

Dieter Eisenberg meldet sich zu Wort.

Er weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag bereits im März 2009 gestellt wurde. Vor dem Hintergrund, der sich inzwischen veränderten Sachlage, auch im Hinblick auf die heute zu betreuende Anzahl von Kindern muß dieses Thema unter aktuellen Gesichtspunkten neu diskutiert werden.

Lutz Sierach gibt kurz zu verstehen, warum die SPD-Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen werde.

**Abstimmungsergebnis, diesen Antrag zu genehmigen:
16 Ja-Stimmen - 6 Gegenstimmen = so beschlossen.**

**(11) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Sachstand Kinderbetreuung**

Dieter Eisenberg berichtet, dass mal ein Runder Tisch zum Thema Kinderbetreuung gebildet worden sei, der aber inzwischen aufgehoben wurde. Er sehe nach wie vor die Notwendigkeit, das Thema Kinderbetreuung zu aktualisieren. Das neue Gesetz ab dem 1.8.2013 bietet einen erweiterten Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, wodurch auch der Bedarf an Betreuungsangeboten steigen wird. Die Stadt sei daher gefordert, diesen gesetzlichen Anspruch zu erfüllen.

Bürgermeister Dr. Hertel wehrt sich mit seinen Argumenten, dass die Stadt hier weder Versäumnisse zugelassen noch falsche Beschlüsse gefasst habe. Er verweist auf zurückliegende Protokolle, die eindeutig belegen, dass die heute gemachten Vorwürfe haltlos sind.

Dieter Eisenberg verzichtet daraufhin auf eine weitere Vertiefung der früheren Beschlüsse und schlägt vor, diese Thematik in den zuständigen Gremien regelmäßig zu behandeln.

Lutz Sierach schlägt vor, über dieses Thema quartalsweise zu berichten.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann übernimmt den Vorschlag, diesen Passus in den Antrag aufzunehmen und die Formulierung „Runder Tisch“ zu streichen.

Das Abstimmungsergebnis hierzu : 22 Ja-Stimmen = einstimmig beschlossen.

**(12) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Grundschule Bönstadt**

Christoph Preiser nimmt zu diesem Thema wie folgt Stellung:
Nachdem bekannt ist, dass die Grundschule in Bönstadt geschlossen werden soll, schlage ich vor, den Kulturausschuß zu beauftragen, um zu klären, ob die hier frei werdenden Räume einer anderen Verwendung zugeführt werden können (z.B. für Betreuungsangebote).

Abstimmungsergebnis für diesen Antrag:

21 Ja-Stimmen - 1 Enthaltung = so beschlossen.

**(13) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Sporthalle Bönstadt**

Dieter Eisenberg erläutert seinen Antrag wie folgt: Wir haben bei den öffentlichen Einrichtungen ein dezentrales Konzept. Hierfür wurde in der Vergangenheit relativ

viel Geld ausgegeben, z.B. für eine kleinere Halle in Ilbenstadt auf dem Schulgelände, die seiner Ansicht nach nicht gebraucht wird. Oder ein anderes Beispiel: die jetzt laufende Planung in Bönstadt für eine Sporthalle im Verbund mit dem Feuerwehrgerätehaus. Er fordert daher, dass der Ausschuß hierüber mit Zahlen für die bereits getätigten Baukosten berichtet. Der Hintergrund seines Anliegens ist, mit dem heutigen Antrag „ins Bewusstsein zu rücken“, dass sich die Mitteilungen nicht nur auf getroffene Entscheidungen beziehen sollen, sondern auch gleichzeitig über bereits getätigte Baukosten informiert - „und nicht einfach durch Vergessen das Geld weggeschmissen wird.“

**Abstimmungsergebnis für diesen Antrag:
22 Ja-Stimmen - somit einstimmig beschlossen.**

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und alle Tagesordnungspunkte erledigt wurden, erklärt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann um 22:10 Uhr die heutige Sitzung für beendet. Er bedankt sich wieder für die rege Beteiligung und da am Wochenende die Ferien beginnen, wünscht er allen Mitgliedern eine schöne und erholsame Urlaubszeit.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin